

Antragsbereich A / Antrag 5/I/2024

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Landesparteitag Bundesparteitag Bezirksparteitag

5/I/2024: Wehrhafter Staat – Der “AfD” mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen

1 Die “AfD” wird in vielen Teilen Deutschlands bereits vom Verfassungsschutz
2 als rechtsextremer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextrem eingestuft.
3 Wenn sogar der Verfassungsschutz, der nicht gerade für Sensibilität auf dem
4 rechten Auge bekannt ist, zu diesem Ergebnis kommt, ist es an der Zeit für unsere
5 Demokratie, sich dagegen zu wehren.

6

7 Daher fordern wir die Fraktionen im Deutschen Bundestag dazu auf, ein bundes-
8 weites Verbotsverfahren gegen die “AfD” anzustrengen, da die rechtsextremen
9 und verfassungsfeindlichen Tendenzen in allen Teilen der Partei sichtbar sind.

10

11 Zwingend notwendig ist unabhängig vom bundesweiten Verbot das konsequente
12 Vorgehen gegen die Landesverbände, die bereits jetzt als gesichert rechtsextrem
13 eingestuft sind.

14

15 Die Desiderius-Erasmus-Stiftung darf kein Geld erhalten. Es muss unmöglich
16 sein, dass eine Stiftung, die einer verfassungsfeindlichen Partei nahesteht, Geld
17 vom Staat bekommt.

18

19 Auch gegen einzelne Personen, deren Aussagen und Handlungen nicht mit unse-
20 rem Grundgesetz vereinbar sind, muss von Seite des Staates eine Grundrechtsver-
21 wirkung (Art. 18 GG) festgestellt werden, um Personen wie Björn Höcke daran zu
22 hindern, in einer anderen Organisation ihr demokratiegefährdendes Engagement
23 fortzusetzen.